

## Bezugspreis

in der Hauptredaktion über den im Stahlbeleg und den Vororten errichteten Nachgeldstellen abgebaut; vierzehnödiglich A 4.50, — zweizigerödiglich zwanzig öre. Durch die Post bezahlt für Deutschland u. Österreich; vierzehnödiglich A 6. Danach kommt ferne mit entsprechendem Verhältnispreis bei den Nachgeldstellen in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Russland, den Vereinigten Staaten, der Europäischen Türkei, Griechen. Nur alle älteren Staaten ist der Bezug nur unter Sonderhand durch die Expedition dieses Blattes möglich.

## Redaktion und Expedition:

Johannische 8.

Herrschende 183 und 222.

## Filialexpedition:

Alfred Hahn, Buchhändler, Universitätsstraße 8,  
2. Stock, Katharinenstraße 14, u. Rümpf 7.

## Haupt-Filiale in Berlin:

Amagdeburgstraße 118.

Herrschende 8 und VI Nr. 3292.

## Morgen-Ausgabe.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,  
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Nr. 77.

Mittwoch den 12. Februar 1902.

## Die sächsische Regierung und der Landtag.

Ogleich die sächsische Ministerkriese vorläufig dadurch beendet werden ist, daß der Majestät der König nur das Entlassungsgesuch des Finanzministers v. Watzdorf genehmigt und mit der Führung der Geschäfte des Finanzministeriums den Justizminister Dr. Küllerer beauftragt hat, der die Geschäfte des Justizministers bis auf Weiteres fortführt, ist es erfärlieh, daß die Beschlüsse der Finanzdeputation B. das Interessentengesetz des Finanzministeriums, seine Einschränkung in der II. Kammer, die Kammerverhandlung darüber und das Entlassungsgesuch des Gesamtministeriums nach im Mittelpunkt des politischen Interesses in Sachsen stehen und vorläufig noch längere Zeit stehen werden. Trotz aller Arbeitskraft wird Exzellenz Dr. Küllerer die Geschäfte zweier Ministerien unmöglich längere Zeit leiten können; daß er es trotz der Schwierigkeit, aus den Finanzwirken herauszukommen, „bis auf Weiteres“ zu ihm sich geneigt sieht, kann als Beweis für die Annahme gelten, daß bei der ganzen Lage der Dinge eine neue Kraft für das Finanzministerium sich nicht finden ließ und daß trotz des Ausscheidens des Herrn v. Watzdorf diese Lage im Wesentlichen unverändert bleibt. Sie erfordert also eine eingehendere Erörterung der Vorgänge, die zur Kritik führen. Der folgenden Ausführungsbericht schüttet mir die Beweisführung voraus, daß wie in der Sache der Finanzdeputation im wesentlichen recht haben müssen, daß wir aber in diesem Falle das Sächsische für weniger ausschlaggebend erachten als das Preußische, und daß uns die Person des gezeichneten Finanzministers ganz gleichgültig ist: Sie seine Verantwortung eine Parole zu brechen, dazu haben wir keine Berechtigung.

Was interessiert vor Allem die Gründe, die beweist oder unbeweist zu einem so schroffen und ungewöhnlich Vorgehen geführt haben. Schroff und ungewöhnlich nennen wir das Vorgehen. Der Ausfall des Konflikts ist nach allgemeinem Urtheile ein verhältnismäßig unbedeutender. Gellert doch selbst die „National-Partei“: „Die deutschen Volksvertretungen sind schon die stärksten Staatsüberschreitungen mit einer mehr oder weniger milden Rüge hingekommen worden, ohne daß daraus eine Haupt- und Staatsaktion gemacht worden wäre.“ Wir glauben auch, daß es sich bei uns in Sachsen bei anderen Überschreitungen (z. B. bei den Dresdner Bahnhöfen) um mindestens ebenso hohe Strafen gehandelt habe; jedenfalls aber, und das ist die Hauptsache, sind solche Überschreitungen sowohl, wie ihre, in dem Mangel an Kontrolle unserer Beamten liegenden Ursachen bisher ganz anders behandelt worden. Das ist auch von der Deputation anerkannt, die in ihren Klagen auf frühere Jahre juridisch vorher nur plausibel diese außergewöhnlich schroffe Vorgänge?

Gewiß wird dazu mitgewirkt haben die ungünstige Finanzlage, wohl auch Votivien-Darlehnskasse—Leipziger Bank; aber für jemand, der genaht ist, den Dingen tiefer auf den Grund zu gehen, genügen solche Erklärungen nicht. Dringt man psychologisch tiefer ein, so wird man wohl als Beweis oder mehr noch unbewußt treibende Kraft das Allmächtigefühl der herrschenden Partei erkennen müssen. So lange diese Partei zwar schon ausgeschlaggeben, aber doch noch nicht in jeder Frage unbedingt herrschend war, mußte sie nach Rückständen nehmen, mußte sie vor Atem noch mit der Regierung sich gut zu stellen suchen. Seit den letzten Wahlen sind solche Rückstände unendlich geworden; deshalb nun der Regierung gegenüber der ganz andere Ton. Sieht kommt man ihr zeigen, wie Herr in Sachen ist, jetzt kommt man sie demütigen, jetzt kommt man sie für etwaige weitere Wünsche geschäftig machen. Wir stellen den jüngsten Vorgang in Parallele zu dem Verhalten, das der Landtag vor zwei Jahren in der Frage der Wohnungsgelder eingeschlagen. Diese sollten vom Landtag angesetzt werden, der Landtag aber ließ im Gefühl seiner Macht das Ministerium gegen frühere Gewohnheit völlig im Stich und lehnte die nachträgliche Vorlage ab.

Wir betonen nochmals, daß wir bei dieser psychologischen Analyse durchaus nicht meinen, den Mitgliedern der herrschenden Partei sei der angeführte Grund zum Narren gewesen; gelassen; wie glauben sogar, daß das bei den wenigsten der Fall sei. Das ändert aber nichts daran, daß dies Allmächtigefühl die eigentlich treibende Kraft ist: Imponderabilien kommen nicht zum Narren Gewissen und wirken doch. Sieht man in diesem Allmächtigefühl der herrschenden Parteideutschen Grund für das außergewöhnliche Vorgehen der Kammer, so hat man auch den Schlüssel für das auffallende Verhalten der Regierung. Der frühere Finanzminister wollte aufhalten und gab nach; da bümpte sich das Selbstgefühl des Gesamtministeriums auf und nahm die Erklärung des Finanzministers so gut wie zurück. Der hierin befindete Stich ist außerordentlich, auch wenn der Anlaß nicht glücklich gewählt war; er (her Stich) zeigt, daß die Regierung das Unwidrige ihrer Lage dem Landtag gegenüber erkannt hat. Sorge macht nur die Zukunft: werden die alten Männer des Kampfes erfolgreich aufnehmen und eine flache Regierung schaffen können?

Wie weit eine zu große Schwäche der bisherigen Regierung an alle Denk mitmachbar ist, haben wir heute nicht zu untersuchen. Der ganze Vorgang ist und ein neuer Beweis für die Nichtigkeit des im Nr. 57 des „Leipziger Tageblattes“ vom 1. Februar über die Regierung und die Zusammenarbeit des Finanzministers v. Watzdorf geäußert und mit der Führung der Geschäfte des Finanzministeriums den Justizminister Dr. Küllerer beauftragt hat, der die Geschäfte des Justizministers bis auf Weiteres fortführt, ist es erfärlieh, daß die Beschlüsse der Finanzdeputation B. das Interessentengesetz des Finanzministeriums, seine Einschränkung in der II. Kammer, die Kammerverhandlung darüber und das Entlassungsgesuch des Gesamtministeriums nach im Mittelpunkt des politischen Interesses in Sachsen stehen und vorläufig noch längere Zeit stehen werden. Trotz aller Arbeitskraft wird Exzellenz Dr. Küllerer die Geschäfte zweier Ministerien unmöglich längere Zeit leiten können; daß er es trotz der Schwierigkeit, aus den Finanzwirken herauszukommen, „bis auf Weiteres“ zu ihm sich geneigt sieht, kann als Beweis für die Annahme gelten, daß bei der ganzen Lage der Dinge eine neue Kraft für das Finanzministerium sich nicht finden ließ und daß trotz des Ausscheidens des Herrn v. Watzdorf diese Lage im Wesentlichen unverändert bleibt. Sie erfordert also eine eingehendere Erörterung der Vorgänge, die zur Kritik führen. Der folgenden Ausführungsbericht schüttet mir die Beweisführung voraus, daß wie in der Sache der Finanzdeputation im wesentlichen recht haben müssen, daß wir aber in diesem Falle das Sächsische für weniger ausschlaggebend erachten als das Preußische, und daß uns die Person des gezeichneten Finanzministers ganz gleichgültig ist: Sie seine Verantwortung eine Parole zu brechen, dazu haben wir keine Berechtigung,

## Protest der Boerenstränen.

In letzter Zeit ist wiederholst behauptet und in grauen Farben geschildert worden, daß an dem Boerenkrieg in Irene Boerenfrauen und Mädchen, von jeglicher einschreiten, die das zweite Jahr überschritten hatten, unter militärischer Bedrohung nach Pretoria geschleppt werden sollen, um dort der englischen Soldaten preisgegeben zu werden. Die betreffenden, sehr deauillären Melddungen sind auch uns zugangen, wir haben sie aber, da sie den Stempel der Erfahrung, oder wenigstens ärgerlicher Verdächtigung auf der Stirn zu tragen scheinen, so sehr gezeigt. Jetzt steht im Namen der Boerenfrauen und Mädchen im Aufschlußlager von Irene der bekannte holländische Seelsorger Herr Piccaux, der in diesem Aufschlußlager seines Namens tritt. Eintritt gegen die wilden und schamlosen Anklagen, durch die der ehrenhafte Charakter und der gute Ruf der alten Afrikaner-Mädchen gefährdet wird und die nur gemacht werden, um den Zwecken verlogener Zungen und gewissenloser Leute zu dienen“.

vom Lebensmittelhöllen zu stimmen. Außer diesem Abgeordneten aber dürfen wohl sämtliche polnischen Reichstagsabgeordnete, trotz des Protektes des Danziger Volksblattes, für die Erhöhung der Lebensmittelzölle eintreten; dies um so mehr, als die Behauptung des Blattes, daß es der polnischen Bevölkerung an den Zöllen kein Interesse hätte, doch wohl stark übertrieben ist. Dies trifft wohl auf Überlebenden zu, aber in Westpreußen, und besonders in der Provinz Posen, spielen die Polen bei dem großen und mittleren Grundbesitz eine erhebliche Rolle. In jedem Falle aber zeigt der Artikel des Blattes, daß auch die Polen von den wirtschaftlichen Interessen gegenwärtig stark betroffen werden, und es ist wohl möglich, daß diese Gegenseite im politischen Lager sich bei den nächsten Reichstagssitzungen härter als bisher geltend machen werden.

**Berlin, 11. Februar.** (Ein Blick in die Sache der bayrischen Centrumspartei eröffnet die Beurteilung, die das offizielle Münchner Centrumorgan der Reichstagsüberzahlung über den Erlass des Staatssekretärs von Tilly angedeutet läßt. Nachdem es die Reaktionsteile der Bayreiter in sozialdemokratischer Manier geschildert, fährt es so schließlich wie folgt zusammen: „Die Erklärung für die praktische Behandlung des Staatssekretärs durch die Mehrheit wird man darin zu suchen haben, daß von dem Ausfall dieser Debatte für Herrn v. Tilly sein Amt in keiner Weise abhängt. Man wollte ihm nicht ins Maul bringen und reizte ihn deshalb — aber es meint!“ — Die gleiche Version hat die Kreiszeitung verdeckt, von deren Begünder das dauernde Centrumabstimmung röhrt, daß er „aus häuslichen und eindringlichen“ gegen den Staatssekretär vorgegangen sei. Zum Anguß für das Münchner Organ äußert sich das fabrikante preußische Centrumblatt direkt entgegengesetztem Sinne. „Die Mün. Volkszeit.“ fordert nämlich über das Eintreten sämtlicher Parteien (auch Socialdemokratie und Freiheitlicher Volkspartei) für den Staatssekretär: „Es gelabt das offenbar nicht etwa deshalb, weil sie nicht eingestehen wollten, vor zwei Jahren sich haben tunken zu lassen, oder weil sie glaubten, den wartenenden Staatssekretär liegen zu müssen, sondern weil sie in der That überzeugt waren, daß man sie wissen möchte.“ Der Mün. Volkszeit. fordert nämlich über das Eintreten sämtlicher Parteien (auch Socialdemokratie und Freiheitlicher Volkspartei) für den Staatssekretär: „Es gelabt das offenbar nicht etwa deshalb, weil sie nicht eingestehen wollten, vor zwei Jahren sich haben tunken zu lassen, oder weil sie glaubten, den wartenenden Staatssekretär liegen zu müssen, sondern weil sie in der That überzeugt waren, daß man sie wissen möchte.“ Der Mün. Volkszeit. fordert nämlich über das Eintreten sämtlicher Parteien (auch Socialdemokratie und Freiheitlicher Volkspartei) für den Staatssekretär: „Es gelabt das offenbar nicht etwa deshalb, weil sie nicht eingestehen wollten, vor zwei Jahren sich haben tunken zu lassen, oder weil sie glaubten, den wartenenden Staatssekretär liegen zu müssen, sondern weil sie in der That überzeugt waren, daß man sie wissen möchte.“

## Deutsches Reich.

C. H. Berlin, 11. Februar. (Staatsläufe fremder Staaten und Deutschlands im Jahre 1901.) Im Jahre 1901 ließen außer Torpedofahrzeugen und Booten für die englische Kriegsmarine 19 Schiffe von 119 000 t Wasserverdrängung von Stapel. Die englischen Kriegsschiffe hatten das enorme Deployment von je 14 000 t, die Passagierschiffe waren sogar noch um 100 t größer. Für Deutschland liesen von Stapel 6 Schiffe von 36 965 t Deployment; die 4 Einheitsfregatten hatten ein Deployment von insgesamt 47 200 t, jedes Schiff also 11 800 t. Für Rußland liesen ab 5 Schiffe von 49 642 t; die Einheitsfregatten ein Deployment von 13 516 t. Alle Kreuzerlinsen vom Stapel 5 Schiffe von 41 404 t. Deployment: Einheitsfregatten sind hierunter nicht. Für die Vereinigten Staaten von Amerika ließen vom Stapel 5 Schiffe von 43 475 t; die Einheitsfregatten ein Deployment von 12 300 t. Für Italien ließen von Stapel 2 Einheitsfregatten von 12 625 und 13 032 t, also insgesamt 25 657 t. Deutschland ließ seine gesammelten Schiffe im Inland bauen, die Einheitsfregatte bei Stettin, auf der Germania, beim Vulkan und Wilhelmshaven. Von den 5 Schiffen, welche für die russische Kriegsmarine vom Stapel liegen, wurde das Einheitsfregatte „Gouvernör“ in Polen auf Lissabon erbaut, der gesuchte Preußen „Bogatyr“ auf der Vulkanwerft bei Stettin, der gesuchte Preußen „Bojario“ in Kronstadt. In diesem Jahre wird Deutschland eine so starke Vermehrung der Kriegsmarine wie seit weitem nicht erfahren; es waren im vorherigen Jahr ganz besonders zahlreiche Schiffe der Finanzdeputation B. für das Entlassungsgesetz des Gesamtministeriums?

**Berlin, 11. Februar.** (Die Polenfrage und die Taktik des Centrums in den Reichstagswahlen.) Es ist schon hervorgehoben worden, daß die conservativen Parteien diesmal größere Anstrengungen als in dem letzten halben Jahrtausend während machen müssen, um den Wahlkreis Elbing-Marienburg, in dem eine Stichwahl notwendig geworden ist, ihrem Beifall zu erhalten. Die Mün. Volkszeit. bringt für diese Aufführung einen weiteren Beleg vor, der von nicht geringem Interesse für die Taktik des Centrums bei den nächsten Reichstagswahlen ist. Das Blatt bepricht nämlich die Anstrengungen der Parteien und daß es für wahrscheinlich ist, daß der conservative Bewerber diesmal in der Stichwahl um das Mandat werde ringen müssen. Am Hindernis auf diese voranschließende Stichwahl erklärt es nun: „Das Centrum dürfte schwerlich bei einer Stichwahl alle seine Stimmen dem conservativen Kandidaten nach der Wahlung des Centrums der conservativen Parteien um einen Platz gewinnen.“ Wenn es sich um einen Kreis in dem gemischten nationalen Gebiete handelt und wenn der conservativen oder ein gemäßigt liberalen Kandidat mit einem Polen zur Stichwahl kämpfe, so muß die Haltung des Centrumsparthei zwar bedauerlich, aber immerhin verständlich. Nun ist aber erstaunlich, daß während die Nationalen der Parteien und damit es für wahrscheinlich, daß der conservative Bewerber diesmal in der Stichwahl um das Mandat werde ringen müssen. Am Hindernis auf diese voranschließende Stichwahl erklärt es nun: „Das Centrum dürfte schwerlich bei einer Stichwahl alle seine Stimmen dem conservativen Kandidaten nach der Wahlung des Centrums der conservativen Parteien um einen Platz gewinnen.“ Wenn es sich um einen Kreis in dem gemischten nationalen Gebiete handelt und wenn der conservativen oder ein gemäßigt liberalen Kandidat mit einem Polen zur Stichwahl kämpfe, so muß die Haltung des Centrumsparthei zwar bedauerlich, aber immerhin verständlich. Nun ist aber erstaunlich, daß während die Nationalen der Parteien und damit es für wahrscheinlich, daß der conservative Bewerber diesmal in der Stichwahl um das Mandat werde ringen müssen. Am Hindernis auf diese voranschließende Stichwahl erklärt es nun: „Das Centrum dürfte schwerlich bei einer Stichwahl alle seine Stimmen dem conservativen Kandidaten nach der Wahlung des Centrums der conservativen Parteien um einen Platz gewinnen.“

**Berlin, 11. Februar.** (Telegramm.) Der Kaiser und die Kaiserin unternahmen noch der gekreisten Familien-Gesellschaft mit dem Kronprinzen und dem Prinzen Heinrich einen Spaziergang im Tiergarten und wurden dabei von dem Hofmarschall o. D. Freiherrn von Egloffstein begleitet. Zur Wendetafel waren geladen der Kronprinz und Prinz Heinrich mit Begleitung, Oberstleutnant Stolz, General o. D. Freiherr von Bissing. Nach der Tafel reiste der Kronprinz nach Bonn ab. — Gestern Morgen unternahm der Kaiser den gewohnten Spaziergang im Tiergarten, besuchte den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und den Reichskanzler vor und hielt im Schloß die Verträge des Chefs des Militärcabinets, des Staatssekretärs des Marineministeriums und des Chefs des Marine-

**Berlin, 11. Februar.** (Telegramm.) Der Reichspräsident veröffentlicht zahlreiche Verleihungen der Roten Kreuzmedaille für Teilnahme an der ostasiatischen Expedition als Mitglieder der freiwilligen Krankenpflege, darunter die zweite Classe an dem Marinestabsarzt Arendt in Ost und Professor Küttner in Tübingen.

**Berlin, 11. Februar.** (Privattelegramm.) Der „Rat-Ztg.“ zufolge sind der Commission, welche die Akten- und Vertragsabrechnungen der Oberlehrer zu bearbeiten hat, jetzt dieselbe Arbeit für die Richter übertragen worden.

**Berlin, 11. Februar.** (Privattelegramm.) Nach der „R. V. C.“ melden Berliner Blätter: Soviel wir informiert sind, handelt es sich in der Dienstkleidungsangelegenheit des „Borschts“ nicht um die Abkristallnahme des zu Gehinnelassen, sondern um die Entwendung eines metalllog rapierten Abzuges desselben. Es liegt also der Dienstkleid einer königlichen Sach vor, der nach Olschansky's Commentar zum Strafgerichtbuch für die Feststellung der Fehlerfreiheit notwendig ist. Der Richterschrank des 2. Theiles des gestohlenen Etlasses rettet den „Borschts“ vor der Verfolgung wegen Bandeverbrechens. Aber nur die Beurteilung wegen des geweinen Verbrechens der Lehrer — und zwar voraussichtlich der gewohnheitsmäßigen — wird es schwerlich herauskommen.

**Berlin, 10. Februar.** (Die wichtigste Sitzung des Reichstags im Jahre 1901.) Ein in Danzig erscheinendes polnisches Blatt fordert die polnische Reichstagsfraktion energisch auf, gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle zu stimmen.

**Berlin, 10. Februar.** (Die wichtigste Sitzung des Reichstags im Jahre 1901.) Ein in Danzig erscheinendes polnisches Blatt fordert die polnische Reichstagsfraktion energisch auf, gegen jede Erhöhung der Lebensmittelzölle zu stimmen. Außerdem unter dem Reaktionstricht (4 geplatzen), 75 A. vor den Familienzöllen (6 geplatzen) 50 A. Tabellarischer und Biffenay entsprechend höher. Gehäufen für Nachweisen und Kostenanträge 25 A. (etwa 20.). Orts-Weilagen (gelöst), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung 40 A., mit Postbeförderung 40 A. Annahmeschluss für Anzeigen: Morgen-Ausgabe: Mittwoch 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: Nachmittag 4 Uhr. Bei den Filialen und Anzahlstellen je eine halbe Stunde früher. Anzeigen sind Preis an die Expedition zu richten. Die Expedition ist Wochenlang außerbrachen gefestigt von Freitag 8 bis Freitag 7 Uhr. Druck und Verlag von C. Wolf in Leipzig.

## Anzeigen-Preis

die geplatzen Zeitzeile 25 A.  
Reklamen unter dem Reaktionstricht (4 geplatzen) 75 A. vor den Familienzöllen (6 geplatzen) 50 A.

Tabellarischer und Biffenay entsprechend höher. Gehäufen für Nachweisen und Kostenanträge 25 A. (etwa 20.).

Orts-Weilagen (gelöst), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung 40 A., mit Postbeförderung 40 A.

Die Expedition ist Wochenlang außerbrachen gefestigt von Freitag 8 bis Freitag 7 Uhr.

Druck und Verlag von C. Wolf in Leipzig.